

Herausforderungen & Handlungsoptionen der Gewerkschaften in Europa vor dem Hintergrund der sozialen und politischen Folgen der Krise

1. Einleitender Befund: Bislang forcierte Wege aus der Krise sind sozial verwerflich, wirtschaftlich desaströs & demokratiepolitisch bedenklich 96

2. Herausforderung: Zerstörung europäischer Wohlfahrtsstaatlichkeit entgegnetreten & Kurswechsel zu neuem Wohlstands- und Verteilungsmodell einleiten 98
 - 2.1 Sozialstaatlichkeit absichern, Treibjagd auf Rechte der Beschäftigten stoppen & gewerkschaftliche Gestaltungsmacht auf nationaler und europäischer Ebene erhalten 100
 - 2.2 Unsauberer Umgang mit demokratischen Grundsätzen auch auf EU-Ebene stoppen, soziale Rechte sicherstellen & entsprechende Vertragsänderungen einfordern 101
 - 2.3 Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik hin zu Wachstum und Investitionen einleiten, für einen europäischen Marshallplan mobilisieren & industrielle Basis sicherstellen 104

3. Strategien zur Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen: Gegenmacht organisieren, Sozialpartnerschaft ausbauen & Wahlen zum Europäischen Parlament nutzen 107

Auszug aus WISO 1/2014



Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

Volksgartenstraße 40

A-4020 Linz, Austria

Tel.: +43 (0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889

E-Mail: wiso@isw-linz.at

Internet: www.isw-linz.at

Wolfgang Greif

Leiter der Abteilung Europa, Konzerne und Internationale Beziehungen in der Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp);

Mitglied im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA)

Oliver Röpke

Leiter des Europa-büros des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB) in Brüssel;

Mitglied im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA)

1. Einleitender Befund: Bislang forcierte Wege aus der Krise sind sozial verwerflich, wirtschaftlich desaströs & demokratiepolitisch bedenklich

*soziale Folgen
der Krise*

Europa befindet sich nach wie vor in einer schweren Krise. Zunehmend sichtbar werden die tiefgreifenden sozialen Folgen des größten wirtschaftlichen Einbruches in Europa seit mehr als 80 Jahren:

- Seit dem Ausbruch der Finanzmarktkrise im Jahr 2007 sind die Arbeitslosenzahlen EU-weit um mehr als 20% gestiegen, auf aktuell mehr als 26 Mio. Menschen oder knapp 11% in der EU (über 12% in der Eurozone).
- Die Jugendarbeitslosigkeit erlebt einen anhaltenden Anstieg auf bislang ungeahnte Rekordhöhen von EU-weit 14,6% im Jahr 2008 auf 23,6% Ende 2013. EU-weit ist somit fast jeder vierte Jugendliche ohne Job. In mehreren EU-Ländern beträgt die Jugendarbeitslosigkeit mehr als 50%, viele davon auch ohne jede Perspektive auf einen Ausbildungsplatz.
- Jede/Jeder sechste Europäer/in ist heute armutsgefährdet, das sind mehr als 80 Mio. Menschen, nicht wenige davon in Arbeit stehend, also sog. „Working Poor“.

*gescheiterte
neo-liberale Kri-
senmaßnahmen*

Die bislang forcierten Wege zur Krisenlösung bringen dem Kontinent nicht nur drohende soziale Verwerfungen, sondern drohen ihn auch in eine wirtschaftliche Rezession zu stürzen. Die geschnürten Pakete zur Rettung der Euro-Zone sind höchst einseitig auf die Festschreibung einer Sparunion ausgerichtet. Abgesehen vom sozialen Elend und menschlichen Leid belastet die Einleitung zeitgleicher Sparprogramme auch immer mehr die Stabilität der EU selbst. Zentrum und Peripherie driften immer weiter auseinander. Mit der fortgesetzten Austeritätspolitik brechen wichtige Märkte für die Exportindustrie weg. Das beschleunigt die wirtschaftliche Abwärtsbewegung und trübt die Wachstumsaussichten weiter. Auf der Strecke bleibt in hohem Maß die Binnennachfrage als letzte Stütze der Konjunktur.¹

Trotzdem hält ein machtvolleres, neo-liberal ausgerichtetes „Reform-Bündnis“, in dem die EU-Kommission und die meisten EU-Staats- und Regierungschefs eine zentrale Rolle einnehmen, vorrangig am Kurs einer als alternativlos hingestellten Sparpolitik fest. Unbeirrt wird im Mainstream der europäischen Politik die

Botschaft getrommelt, dass die Krise harte Einschnitte erforderlich macht und keine andere Wahl lässt. Margaret Thatchers radikalliberales TINA-Diktum „There is no Alternative“ erlebt eine machtvolle Renaissance, in der in hohem Maß Angela Merkel die Linie vorgibt: die massiv angestiegene Arbeitslosigkeit in Europa als Chance zu sehen, Wettbewerbsfähigkeit im ganzen Euroraum nach deutschem Muster herzustellen.²

Das neue Regelwerk zur „Wirtschaftspolitischen Steuerung“ im Rahmen der EU-Verträge (Six-Pack, Two-Pack) und erst recht die partiell an gemeinschaftlichen Rechtsgrundlagen vorbei agierende intergouvernementale Zusammenarbeit (Euro-Plus-Pakt, Fiskalpakt, geplante Wettbewerbspakte) legen den Mitgliedsstaaten nicht nur ein immer strengeres budgetpolitisches Korsett mit weiter verschärften Defizitgrenzen und Ausgabenregeln sowie weitreichenden Sanktionsmöglichkeiten an. Es ist auch demokratiepolitisch bedenklich.³ Um die an der neoliberalen Wettbewerbslogik orientierte Vertiefung der Union rasch durchzusetzen und möglichem Widerstand bei regulären Vertragsänderungen auszuweichen, wurde dabei zum Teil sogar eine Flucht aus dem Europarecht bzw. der Verzicht auf die Gemeinschaftsmethode in Kauf genommen.⁴

Erosion der Demokratie

In den meisten EU-Ländern werden die Kosten in Form rigoroser Sparpakete, Lohnkürzungen und ausbleibender Investitionen v.a. jenen aufgebürdet, die diese Krise ganz sicher nicht verursacht haben. Wie ein roter Faden durchzieht die europäische Politik das Dogma, wonach die Beschäftigungs- und Sozialpolitik die Hauptlast der Anpassung tragen soll. In einer ganzen Reihe von Mitgliedsstaaten wird die Krisenbekämpfung so zu einem großflächigen Angriff auf den Sozialstaat genutzt.⁵ Ein aktueller Bericht des Europäischen Gewerkschaftsinstituts in Brüssel dokumentiert, dass unter dem Schlachtruf, das Arbeitsrecht zu „modernisieren“, seit Beginn der Finanzmarktkrise in manchen Ländern punktuelle, wenngleich wesentliche Deregulierungsmaßnahmen ergriffen, in anderen jedoch eine umfassende Überarbeitung des Arbeitsrechtes vorgenommen wurden:⁶

Krisenbekämpfung zu Lasten von Beschäftigungs- und Sozialpolitik

- Lohnkürzungen und Sozialabbau wurden manchmal versteckter, in den Defizitländern offener exekutiert, Mindestlöhne gekürzt oder eingefroren, soziale Ansprüche geschmälert und das Arbeitsrecht „durchforstet“.
- In immer mehr Ländern wurde das Arbeitsrecht, teilweise unter

- Umgehung bislang praktizierter Formen gewerkschaftlicher Einbindung, geändert, der Arbeitsmarkt weiter liberalisiert, Arbeitszeiten verlängert und der Kündigungsschutz geschwächt.
- Das Renteneintrittsalter wurde erhöht und Pensionen gekürzt, der öffentliche Dienst wurde verkleinert und privatisiert, Aufnahmestopps verhängt oder gar Personal massiv abgebaut.
 - Vielfach wurden Gewerkschaften gedrängt, Lohnsenkungen zu akzeptieren, Tarifsteigerungen auszusetzen oder einer weitgehenden Dezentralisierung und Schwächung von Kollektivverträgen zuzustimmen. Wo die „Bereitschaft“ fehlte, wurden teilweise per Gesetz bzw. Dekret Fakten geschaffen und bestehende Verträge ausgesetzt.⁷

Unübersehbar sind die Anstrengungen, diese sog. Strukturreformen, die v.a. in den Defizitländern durch die Troika in Stellung gebracht wurden, auf ganz Europa auszuweiten und somit den Imperativ der „Wettbewerbsfähigkeit durch innere Abwertung“ – ein in Mode gekommener Euphemismus für die konzertierte Senkung gesamtgesellschaftlicher Lohnniveaus – zur Norm zu machen. Alles das ist nicht nur eine sozialpolitische Bombe ersten Ranges. Das ist auch eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Europa. Das ist auch interessenpolitisch verwerflich und demokratiepolitisch mehr als bedenklich. Die EU wird in den Augen immer größerer Teile ihrer Bürger/innen und insbesondere auch innerhalb der Gewerkschaften in hohem Maß zu einem Synonym für rigide Sparmaßnahmen, Sozialabbau und Wohlstandsverlust, während auf der anderen Seite die tiefliegenden Ursachen der Krise nicht hinreichend bekämpft werden.

2. Herausforderung: Zerstörung europäischer Wohlfahrtsstaatlichkeit entgegneten & Kurswechsel zu neuem Wohlstands- und Verteilungsmodell einleiten

*Gewerkschaften
gegen eine so-
zial bedenkliche
Sparpolitik*

Für die Gewerkschaften in Europa ist klar, dass dies definitiv die falschen Wege sind, um die nachhaltige Wachstumsschwäche in der Wirtschafts- und Währungsunion zu korrigieren und die EU insgesamt wieder auf Wachstumskurs zu bringen. Europaweit protestieren Gewerkschaften daher gegen eine Politik, die – vor allem durch die Rettung des Finanzsektors entstandene – Schuldenkrise in erster Linie mit Sparpaketen und Kürzungsprogrammen zu bereinigen. Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB)

hat von Beginn der Krise an gegen diese Politikorientierung angekämpft und gemeinsam mit den Gewerkschaften in Europa offensiv für einen anderen Kurs geworben.⁸

An vorderster Stelle galt es dabei nachdrücklich dafür zu sorgen, die dominant gewordene neoliberale Lesart der Krise zu zerstreuen, wonach „die Schulden“ in der Euro-Zone v.a. auf einer laxen Budgetpolitik und überzogenen Sozialkosten beruhen. Das verkennt die Ursachen der Verschuldungskrise, die als direkte Folge der schweren Finanz- und Wirtschaftskrise gesehen werden muss. Sie hat gewaltige Kosten zur Bankenrettung mit sich gebracht und hohe Ausfälle an Steuer- und Beitragseinnahmen bewirkt. An dieser Kernanalyse müssen auch die notwendigen politischen Antworten ansetzen.

Für die Gewerkschaften ist in diesem Sinn auch klar, dass sich Europa nicht aus einer solchen Krise „heraussparen“, sondern nur aus ihr herauswachsen kann. Sie verlangen nichts weniger als ein neues Wachstums- und Verteilungsmodell für Europa⁹. Was Europa braucht, sind kein budgetpolitisches Korsett und auch keine Arbeitsmarktreformen, die die Nachfrage in vielen Ländern zum Erliegen bringen. Was Europa braucht, sind ernsthafte Schritte, die Risiken zum langfristigen Einbruch der europäischen Konjunktur auszuräumen, wirksame Anreize für Investitionen in die Realwirtschaft sowie ein adäquater europäischer Umgang mit den Schulden, wodurch es ermöglicht wird, die wirtschaftlichen Ungleichgewichte und sozialen Ungleichheiten in der EU wie auch in den meisten EU-Ländern selbst ernsthaft anzugehen.

- Ohne die notwendige Konsequenz bei der Finanzmarktregulierung, aber auch ohne Wende in der Steuerpolitik (inkl. Austrocknung von Steueroasen und Steuervermeidung) wird eine Überwindung der Krise und ihrer Ursachen nicht möglich sein.
- Statt Spardiktaten und Druck auf Löhne und Sozialleistungen braucht es eine effektive Strategie für Wachstum und Beschäftigung. Es bedarf dringend einer europaweit koordinierten Investitionsoffensive, um den notwendigen Spielraum für Wachstum und Beschäftigung zu schaffen und nachhaltig abzusichern.
- Bei anstehenden Haushaltskonsolidierungen müssen auch die öffentlichen Einnahmen verbessert werden, wobei alle Einkommen und Vermögen zu berücksichtigen sind (Verbreiterung der Steuerbemessungsgrundlagen, Schließung von Steueroasen,

*Wachstums-
förderung statt
Sparkurse
durchziehen*

- Beendigung des Steuersenkungswettlaufs, Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung etc.).
- Schuldenabbau ohne Finanztransaktionssteuer und Mindestkörperschaftssteuern, ohne Entmachtung der Finanzmärkte bei der Staatenfinanzierung kann nicht funktionieren.

Für die Gewerkschaften in Europa ist in diesem Sinn ein politischer Kurswechsel, raus aus der neoliberalen Sackgasse, unumgänglich, weg vom Dogma der Austerität und von „internem Abwertungsdruck“, hin zu einer Politik, die u.a. den dringend notwendigen Spielraum für Wachstum und Beschäftigung schafft.

Wenn dieser grundsätzliche Politikwechsel, der auch eine effiziente Regulierung der Finanzmärkte sowie ein deutliches Nein zur Einflussnahme der europäischen Politik auf die Entwicklung und Gestaltung von Löhnen und Lohnstückkosten beinhalten muss, nicht Platz greift, droht ein „verlorenes Jahrzehnt“ mit weiteren enormen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Kosten. Dagegen gilt es zu mobilisieren, dafür gilt es politische Kräfte zu gewinnen und die notwendigen Mehrheiten zu bewerkstelligen.

2.1 Sozialstaatlichkeit absichern, Treibjagd auf Rechte der Beschäftigten stoppen & gewerkschaftliche Gestaltungsmacht auf nationaler und europäischer Ebene erhalten

*systematische
Untergrabung
von Gewerk-
schaftsrechten*

Wenig überraschend, dass das Ringen und Aufbegehren der Gewerkschaften nicht nur Freunde findet. Kaum überraschend daher auch, dass im Zuge der neoliberalen Krisenlösung in vielen EU-Ländern zunehmend auch die Rechte der Gewerkschaften selbst angegriffen wurden. Unterstützt und mitunter auch lanciert durch Politikempfehlungen und Vorgaben durch die EU-Kommission wurden Änderungen der Arbeitsbeziehungen angestrengt, die den sozialen Dialog und Kollektivvertragsverhandlungen erschweren und darauf gerichtet sind, die Gestaltungsmöglichkeiten der Gewerkschaften empfindlich einzuschränken:

- In zahlreichen Ländern ist eine Politik zur Dezentralisierung der Lohnverhandlungen festzustellen, eine Verlagerung von der nationalen bzw. Branchenebene auf die Unternehmensebene.
- Dazu kommt es immer öfter zur Verschärfung der Kriterien, ab wann Gewerkschaften die Repräsentativität haben, Kollektivverträge abzuschließen, sowie zu Maßnahmen, Gewerkschaften das Vorrecht zu nehmen, Verhandlungen über Löhne

und Arbeitsbedingungen zu führen, oft zugunsten alternativer Arbeitnehmervertretungsorgane.

- In mehreren Ländern wurden bewährte Institutionen des sozialen Dialogs substantiell geschwächt und Regelungen über kollektive Arbeitskonflikte überarbeitet, um anstelle der Gerichte unverbindlichere Schlichtungsmechanismen durchzusetzen.

Diese arbeitsrechtlichen Eingriffe schwächen in vielen EU-Ländern definitiv die gewerkschaftliche Interessenvertretung. Sie greifen die Gewerkschaften in ihrer Struktur und ihren institutionellen und betrieblichen Möglichkeiten an, Beschäftigte zu schützen und zu vertreten.¹⁰ Dazu kommt, dass in mehreren Ländern bei der Durchsetzung dieser „Reformen“ auf Notfallverfahren zurückgegriffen wurde, um Vereinbarungen mit den Sozialpartnern zu umgehen bzw. an den Parlamenten vorbei zu agieren.¹¹

Offensichtlich verträgt sich die radikale Abwälzung der Krisenlasten auf die Bevölkerung, die mit der „neoliberalen Rosskur“ in vielen Teilen Europas einhergeht, nicht mit den Rechten der Beschäftigten, die die Gewerkschaften bislang errungen haben. Der Eindruck wird immer manifester, dass die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise dazu genutzt wird, all das an sog. Strukturreformen durchzusetzen, was jahrzehntelang von konservativen und wirtschaftsliberalen Kreisen zwar gewünscht, unter „normalen“ Verhältnissen allerdings nicht durchsetzbar war.

Krise als vorgeschobene Rechtfertigung für den Abbau sozialstaatlicher Errungenschaften

Klar ist, die Treibjagd auf die Gegenmacht und die Gestaltungskraft der Gewerkschaften muss entschieden gestoppt werden. Nur so kann einer weiteren Erosion sozialstaatlicher Standards der Riegel vorgeschoben werden. Andernfalls droht der europäische Kontinent in völlig neuem Gewand aus der Krise hervorzugehen, in dem die Koordinaten des gesellschaftlichen Interessenausgleichs wesentlich zu Ungunsten der Beschäftigten verschoben sein werden. Es geht in diesem Sinn für die Gewerkschaften in Europa ganz prinzipiell um den Erhalt und die Entwicklungsperspektiven sozial- und wohlfahrtsstaatlicher Substanz in Europa.

2.2 Unsauberer Umgang mit demokratischen Grundsätzen auch auf EU-Ebene stoppen, soziale Rechte sicherstellen & entsprechende Vertragsänderungen einfordern

In der EU muss sichergestellt bleiben, dass bei allen wirtschafts-

Verletzung von Grundrechten der Beschäftigten

und haushaltspolitischen Maßnahmen die sozialen Zielbestimmungen aus dem Primärrecht sowie die sozialen Grundrechte nicht ausgehebelt werden. Dazu gehört insbesondere auch, dass das Recht auf Kollektivverhandlungen und die Möglichkeiten zum Streik umfassend gewahrt bleiben. Für die europäischen Gewerkschaften und den EGB verstoßen viele Maßnahmen, die in den Mitgliedsstaaten im Zuge der Krise durchgeführt wurden, nicht nur gegen Verfassungsnormen auf nationaler Ebene, sondern auch gegen internationale Grundrechtsverpflichtungen.

Wenig überraschend, dass die Gewerkschaften in mehreren Ländern mit europäischer Unterstützung nicht nur mit Demonstrationen und Generalstreiks reagiert haben, sondern auch Klagen bei nationalen Verfassungsgerichten eingereicht und vereinzelt auch Recht erhalten haben.¹² Ergänzend dazu ist für den EGB aber auch die Feststellung wesentlich, dass Grundrechtsverpflichtungen und insbesondere die Verpflichtungen der in den EU-Verträgen rechtsverbindlich festgelegten Grundrechtscharta auch für alle Organe und Einrichtungen der EU selbst gelten müssen, Eingriffe in die Tarifautonomie absolut unzulässig sind und die Europäische Kommission angehalten ist, dagegen effektiv vorzugehen. Man muss kein Verfassungsjurist sein, um daraus den Schluss zu ziehen, dass die Organe und Einrichtungen der EU selbst eigentlich keine Empfehlungen an Mitgliedsstaaten geben dürfen, die Verletzungen der Grundrechtscharta beinhalten.

Austeritäts-politik der EU ist auch menschen-rechtswidrig

Diesem unsauberen Umgang europäischer und mitgliedsstaatlicher Institutionen mit demokratischen Grundrechten muss ein Riegel vorgeschoben werden. In diesem Sinn ist es für die Gewerkschaften in Europa jedenfalls unterstützend, dass rechtswissenschaftliche Gutachten heute in aller Deutlichkeit klarstellen, dass die Austeritäts- und Sparpolitik der EU nicht nur wirtschaftlich und sozial schädlich, sondern auch menschenrechtswidrig ist. Demnach verstoßen die Europäische Kommission und die Europäische Zentralbank durch ihre Beteiligung an der Troika gegen das Primärrecht der EU, insbesondere gegen die Grundrechtscharta. Durch deren Beteiligung an der Troika bzw. an der Memorandapolitik, die unverhältnismäßige Eingriffe in das Arbeitsrecht und die Sozialsysteme vorschreibt, werden – so die zentrale Aussage einer von ÖGB und AK gemeinsam mit dem EGB in Auftrag gegebenen Studie¹³ – wesentliche, durch

die Grundrechtscharta, aber auch durch völkervertragliche Menschenrechtskodifikationen geschützte Rechte beeinträchtigt.

Auch die Euro-Staaten, die den „Memoranda of Understanding“ im Gouverneursrat des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) zustimmen, würden damit gegen ihre Bindung an Grund- und Menschenrechte verstoßen, enthalten diese doch explizit Pläne, die direkt in Grundrechte eingreifen. Dazu zählen unter anderem das Grundrecht auf Tarifautonomie, das Menschenrecht auf Arbeit, das Menschenrecht auf Wohnung und soziale Sicherheit sowie das Menschenrecht auf Gesundheit. Erfrischend daher die deutliche Klarstellung, nach der das gesamte Unionsrecht – inklusive Grundrechte – auch in der Krise gelten muss. Es gibt keinen Ausnahmezustand, der das Unionsrecht suspendiert.

So wichtig es ist, alle Rechtswege zu beschreiten, klar ist auch, dass sie die bestehende strukturelle und in hohem Maß auch kodifizierte Schiefelage des derzeitigen europäischen Weges nicht beseitigen. Die Union ist nach wie vor primär eine Wirtschaftsunion, die auf Marktöffnung und Förderung der Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen setzt. Soziales wird nach wie vor als nachgeordnet verstanden und weitgehend den Mitgliedsstaaten überlassen. Sollte die EU mittelfristig weitere (auch sozialpolitische) Kompetenzen für sich beanspruchen, sind wirksame Garantien gegen Eingriffe und den Abbau sozialer Standards unverzichtbar. Dabei ist für die europäischen Gewerkschaften zunehmend klar, dass ein wirklicher Prioritätenwechsel nur durch eine Änderung der europäischen Rahmenbedingungen möglich sein wird.¹⁴

*europäische
Wettbewerbs-
fähigkeit vs.
soziale Sicherheit*

- Eine konkrete gewerkschaftliche Forderung des EGB ist deshalb seit Jahren die Einführung eines sog. sozialen Fortschrittsprotokolls im EU-Vertrag. Was umständlich klingt, ist ein einfaches Prinzip: Im EU-Vertrag soll ausdrücklich festgeschrieben werden, dass es keinen Vorrang wirtschaftlicher Marktfreiheiten vor sozialen Grundrechten geben darf, fundamentale soziale Rechte einzuhalten sind und im Zweifel Vorrang vor den wirtschaftlichen Marktfreiheiten haben müssen.
- Ein weiterer notwendiger Schritt ist die stärkere und substanzielle Einbindung der Sozialpartner in die europäische Politikkoordination. Eine enge verzahnte Sozialpartnerschaft, wie sie in Österreich besteht, ist zwar auf absehbare Zeit auf europäischer

Ebene kaum realistisch, aber es muss ein belastbarer Grundstein gelegt werden, den nationalen Gewerkschaften und dem EGB eine weit stärkere Rolle nicht nur in der europäischen Sozialpolitik einzuräumen.

- Auch die 2011 geschaffene „horizontale Sozialklausel“ im Artikel 9 des Lissabon-Vertrages, welche die Union bei der Durchführung ihrer Politik zur Schaffung eines hohen Beschäftigungsniveaus, zu sozialem Schutz, zur Bekämpfung sozialer Ausgrenzung und zu einem hohen Bildungsniveau und Gesundheitsschutz verpflichtet, darf nicht länger ein Papiertiger bleiben. Sie muss endlich auch praktische Wirksamkeit erlangen. Abschätzungen der sozialen Folgen müssen auch für die Vorschriften zur wirtschaftspolitischen Steuerung im Rahmen der Europa-2020-Strategie selbst gelten.

*keine Vertiefung
der Union
ohne soziale
Vertragsreform*

Nach den Wahlen zum Europäischen Parlament werden mit ziemlicher Sicherheit weitere Vertragsänderungen auf dem Weg zu einer vertieften Wirtschafts- und Währungsunion auf der Tagesordnung stehen.¹⁵ Dabei muss sichergestellt werden, dass diese eine gleichwertige soziale Flankierung erhalten. Dabei müssen alle jene Vertragsbestimmungen auf den Prüfstand, die heute die Tür zu einer sozialeren Politik zunehmend verriegeln. Der Zielfokus muss dabei lauten: Keine weiteren Vertiefungsschritte ohne Vertragsreform, die insbesondere eine Stärkung der sozialen Dimension bringt und das Europäische Parlament aufwertet. In diesem Sinn sind die Gewerkschaften in Europa, allen voran der EGB, gefordert, sich zeitgerecht und hörbar zu positionieren und „rote Linien“ für einen positiven Zugang zu weiteren Integrationsschritten festzuschreiben.

2.3 Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik hin zu Wachstum und Investitionen einleiten, für einen europäischen Marshallplan mobilisieren & industrielle Basis sicherstellen

*fallende
Investitionsquote
trotz Krisen-
bekämpfung*

Ein wesentlicher ökonomischer Ausdruck der gescheiterten Krisenbekämpfung der EU-Institutionen ist vor allem auch die notorische Investitionsschwäche in der EU, die durch die Abwärtsspirale von Austeritätspolitik sowie Lohn- und Sozialabbau noch dramatisch verstärkt wurde. Während 2007 noch 21,7% des BIP investiert wurden, waren es 2013 nur noch 17,5%. Ohne einen Vergleich mit China bemühen zu müssen, ist diese Investitionsquote auch im internationalen Vergleich extrem nied-

rig. So weisen entwickelte Industrienationen wie Australien und Kanada wesentlich höhere Investitionsraten von fast 30% bzw. 25% des BIP auf.¹⁶ Vor diesem Hintergrund fordern die europäischen Gewerkschaften gemeinsam mit dem EGB seit Jahren eine grundlegende Kurskorrektur der europäischen Wirtschafts- und Finanzpolitik in Richtung einer nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik, nicht zuletzt auch, um der zunehmenden Erosion der industriellen Basis in der EU entgegenzusteuern, die sich im Laufe der Krise noch verstärkt hat.¹⁷

Während sich die Europa-2020-Strategie ein Wachstum des Anteils des verarbeitenden Gewerbes auf 20% zum Ziel gesetzt hatte, ist der Anteil der industriellen Wertschöpfung in den letzten Jahren auf etwa 15% gefallen. Konkret fordern die Gewerkschaften in Europa ein groß angelegtes europäisches Investitions- und Konjunkturprogramm, mit dem auch privates Kapital gewonnen werden soll. Dieser gemeinsamen EGB-Positionierung waren intensive interne Diskussionen unter den europäischen Gewerkschaftsbünden vorausgegangen. Schließlich war es der DGB, der bereits Ende 2012 einen Vorschlag für einen sog. „Marshallplan für Europa“ vorgelegt hat, dessen zentrale Forderung in einem 10-jährigen supranationalen Investitions- und Aufbauprogramm für die gesamte EU besteht.¹⁸

*„Marshallplan“
für Europa*

- Ziel des DGB-Konzepts ist der Umbau und die Modernisierung der europäischen Volkswirtschaften, um ressourcenschonend zu wirtschaften und zugleich die industrielle Wertschöpfung und öffentliche Dienstleistungen in ganz Europa zu stärken.
- Der DGB geht von einem durchschnittlichen Investitionsbedarf von 260 Mrd. Euro jährlich aus, also etwa 2% des EU-BIP. Diese gewaltige Summe soll über einen europäischen Zukunftsfonds finanziert werden, der vorhandenes Kapital durch die Ausgabe von 10-jährigen „New-Deal-Anleihen“ in Zukunftsinvestitionen umleiten soll.
- Der DGB-Plan beinhaltet aber auch eine starke Umverteilungskomponente, denn das Eigenkapital, das die Mitgliedsstaaten diesem Fonds zur Verfügung stellen sollen, wäre vor allem über Vermögenssteuern oder Zwangsanleihen aufzubringen.
- Die makroökonomischen Effekte des DGB-Modells wären in der Tat beeindruckend, würden sie doch einen zusätzlichen jährlichen Wachstumsimpuls von etwa 400 Mrd. Euro und 9–11 Mio. neue und zukunftsfähige Vollzeit-Arbeitsplätze bringen.

europäischer Investitionsplan des EGB

Auf diesen Überlegungen knüpft der Ende 2013 beschlossene europäische Investitionsplan des EGB „A New Path for Europe“ inhaltlich an, der in einer europaweiten Kampagne beworben werden soll.¹⁹ In den Konzepten des EGB soll der Investitionsplan aber primär über die Europäische Investitionsbank (EIB) laufen, wobei die Mitgliedsstaaten über eine 10-Jahres-Periode in die EIB ein zusätzliches Grundkapital von 0,83% des EU-BIP einzahlen sollen. Langfristige zusätzliche Anleihen der EIB sollen privates Kapital aktivieren und die Investitionsvorhaben schließlich finanzieren. Die simulierten Rechnungen des EGB gehen von bis zu 9 Mio. neuen Arbeitsplätzen aus, sowie von deutlich höheren Steuereinnahmen durch die Wachstumsimpulse, höheren Sozialversicherungsbeiträgen etc. Angesichts unterschiedlicher ideologischer Haltungen unter den europäischen Gewerkschaftsbünden und auch den unterschiedlichen „Betroffenheiten“ ist die Einigung auf ein gemeinsames Konzept nicht geringzuschätzen. Es zeigt, dass der EGB immer noch in der Lage ist, über nationale und weltanschauliche Grenzen hinweg Solidarität und wirtschaftliche Vernunft zu verbinden.

Investitionen in den Sozialstaat als Investitionen in die Zukunft

Das ist umso bedeutender, als langsam auch in den EU-Institutionen selbst ein Umdenken einzusetzen scheint, dahingehend, dass der bisherige Kurs, durch Sparpolitik und Sozialabbau die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen und quasi automatisch Wachstum zu generieren, gescheitert ist. Ein wichtiger Einschnitt in diese Entwicklung war die Vorlage des Sozialinvestitionspaketes durch die EU-Kommission.²⁰ Erstmals ist eine Art Paradigmenwechsel in der Kommission zu erkennen: Investitionen in den Sozialstaat nicht nur als Kostenfaktor, sondern als Investitionen in die Zukunft zu sehen, die sich auch gesamtwirtschaftlich und budgetär rechnen. Sie stärken nicht nur den Sozialstaat, sondern erhöhen mittel- und langfristig die Beschäftigungsquote, Teilhabemöglichkeiten von am Arbeitsmarkt benachteiligten Gruppen und sind somit auch ökonomisch sinnvoll.

Wandel braucht auch Umverteilung

Über erste Achtungserfolge sind diese gewerkschaftlichen Positionen bislang jedoch nicht hinausgekommen, denn es blieb bis auf Weiteres bei einer Ankündigungspolitik der EU-Kommission. So fordern sowohl der EGB als auch der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) ein groß angelegtes Investitionsprogramm zur Realisierung der ambitionierten Ziele.

Hierbei sind neue Einnahmequellen heranzuziehen, die auch eine entsprechende Verteilungswirkung haben, wie insbesondere Vermögenssteuern und -abgaben, aber auch die Bekämpfung von Steuerdumping, Steuerflucht und Steuerhinterziehung, die Einführung EU-weiter Mindestsätze für Unternehmenssteuern und die Finanztransaktionssteuer.²¹

3. Strategien zur Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen: Gegenmacht organisieren, Sozialpartnerschaft ausbauen & Wahlen zum Europäischen Parlament nutzen

Angesichts der seit Jahren in den EU-Institutionen vorherrschenden Mehrheitsverhältnisse ist es kaum verwunderlich, dass sich gewerkschaftliche Konzepte bislang in der praktischen Politik von Kommission und Rat kaum durchgesetzt haben. Neben den Mitgliedsstaaten und der EU-Kommission, in der derzeit gut drei Viertel der Kommissar/innen dem konservativ-liberalen Lager zuzurechnen sind, verfügen die konservativ-liberalen Parteien auch im EU-Parlament seit 15 Jahren durchwegs über eine satte absolute Mehrheit. Und dennoch: Gerade im Vorfeld der nahenden EU-Wahlen, aber auch langfristig kommt es für die Gewerkschaften darauf an, den politischen Raum in der EU deutlich sichtbarer zu besetzen. Dazu reicht es nicht, europaweite Aktionstage und Demonstrationen zu organisieren. Diese Aktionsformen sind wichtig, für die Menschen und Gewerkschaften in den am härtesten getroffenen Krisenstaaten sogar elementar, aber sie können nur ein Teil der Strategie sein. Die gewerkschaftliche Gegenmacht muss durch eine ebenso starke Gestaltungskraft der Gewerkschaften als zentraler Mitspieler im politischen Entscheidungsprozess ergänzt werden. Diese Gestaltungskraft ist in den Mitgliedsstaaten derzeit unterschiedlich ausgeprägt, auf EU-Ebene befindet sie sich jedenfalls auf recht bescheidenem Niveau, aber in einer politisch richtungsweisenden Phase.

Gewerkschaften als zentrale Mitspieler im politischen Gestaltungsprozess platzieren

Die europäischen Gewerkschaften sind in vielen Ländern durch die Krise geschwächt, die Mitgliedszahlen sind vielfach überwiegend rückläufig, Angriffe auf gewerkschaftliche Kernbereiche wie flächendeckende Kollektivverträge haben die Rechte der Arbeitnehmer/innen wie der Gewerkschaften geschwächt. Diese Entwicklungen haben direkte Auswirkungen auf die Stärke und Durchsetzungskraft des EGB. Es wäre illusorisch zu glauben,

starke nationale Gewerkschaften für eine gute europaweite Vertretung

einen Machtverlust auf nationalstaatlicher Ebene auf europäischer Ebene ausgleichen zu können. Vielmehr gilt das Gegenteil: Nur starke Gewerkschaften auf nationaler Ebene können auch den Entscheidungsfindungsprozess in der EU spürbar beeinflussen. Hierzu sind verschiedene Instrumente denkbar, wie der EGB gestärkt werden könnte:

- Neben ausreichend finanziellen Ressourcen als Grundvoraussetzung führt an einem stärkeren politischen Engagement der Mitgliedsbünde im EGB kein Weg vorbei. Dieses Engagement muss mit einer politischen Übereinkunft verknüpft werden, das heißt die Entscheidungsträger der europäischen Gewerkschaften müssen stärker und sichtbarer, aber koordiniert auch auf der EU-Ebene auftreten.
- Damit ist keinesfalls eine politische Abwertung des EGB verbunden, sondern vielmehr das Bekenntnis der Gewerkschaften, sich innerhalb des EGB und den europäischen Branchenverbänden stärker zu engagieren und deren Rolle damit letztlich aufzuwerten.
- Hier sind insbesondere die organisatorisch gut aufgestellten und politisch voll handlungsfähigen Gewerkschaftsbünde gefragt, zu denen im europäischen Kontext zweifellos auch der ÖGB zählt. Gerade sie haben eine besondere Verantwortung, ihr politisches Engagement auch als Zeichen praktischer Solidarität für die geschwächten Gewerkschaften vor allem in Süd- und Osteuropa zu verstärken.

internationale Koordination der Gewerkschafts- bünde

In diesem Sinn hat der ÖGB in den letzten Jahren seine Präsenz am Brüsseler Parkett deutlich verstärkt. Aktuell werden bilaterale sowie multilaterale Allianzen und gemeinsame Aktionen mit anderen Gewerkschaftsbünden zur Durchsetzung konkreter Ziele organisiert, wie etwa die des sozialen Fortschrittsprotokolls zur Aufwertung sozialer Grundrechte im Primärrecht der EU. Die Forderung nach einem solchen Protokoll ist seit Jahren einstimmige Beschlusslage des EGB, aber es sind die nationalen Gewerkschaftsbünde, die auf ihre jeweiligen Regierungen Druck ausüben müssen, damit eine solche Forderung nicht gewerkschaftliche Folklore bleibt, sondern durchgesetzt werden kann.

- Der ÖGB kooperiert zu diesem Zweck mit nordischen Gewerkschaften (z.B. dem schwedischen Gewerkschaftsbund LO-S) wie auch mit südeuropäischen (z.B. der portugiesischen UGT-P), denn das gemeinsame Ziel vertreten alle drei Organisationen gleichermaßen, ungeachtet völlig unterschiedlicher ökonomi-

scher und sozialer Situationen in den Ländern.

- Im Vorfeld zu wichtigen europäischen Gipfeltreffen kommen immer öfter die wichtigsten europäischen Gewerkschaftsvorsitzenden gemeinsam mit der EGB-Generalsekretärin zu auch medial beachteten „Gewerkschaftsgipfel“ zusammen.

Diese Beispiele können nur Mosaiksteine in einer gewerkschaftlichen politischen Offensive sein, sie zeigen aber, dass Gewerkschaften noch längst nicht all ihre Möglichkeiten nutzen, um Gegenmacht aufzubauen und Gestaltungskraft in der europäischen Politik zu entwickeln. Die gegenwärtig anlaufende Kampagne des EGB zur Durchsetzung eines wirksamen europäischen Investitionsprogramms („A New Path for Europe“), das ausreichend Ansatzpunkte für einen Politikwechsel in der EU vorgibt, sollte den Rahmen für eine verstärkte Offensive der europäischen Gewerkschaften abstecken.

Gewerkschaften müssen jedenfalls wieder entscheidend an Deutungskraft über die Gestaltung des europäischen Integrationspfades gewinnen.²² Das führt direkt zur Frage der Sozialpartnerschaft oder – dem europäischen Sprachgebrauch folgend – des Sozialen Dialoges. Viel ist über die Rolle des Sozialen Dialoges in der EU, seine Blüte und seine Krise geschrieben worden. Die konkreten Ergebnisse des (branchenübergreifenden) Sozialen Dialoges waren in den letzten Jahren äußerst bescheiden. Sie erschöpften sich weitgehend in unverbindlichen und wenig ambitionierten Sozialpartnervereinbarungen. Doch gerade die tiefgreifende Krise der EU müsste zu einem völlig neuen Verständnis des Sozialen Dialoges führen:

- Nötig ist eine grundlegende Einbindung der Sozialpartner in die gesamte Politikgestaltung, das heißt nicht nur in eng begrenzte politische Dossiers, zu denen der EGB, BusinessEurope oder CEEP ihre Stellungnahmen abgeben dürfen. Diese Einbindung muss frühzeitig, umfassend und substantiell sein, das heißt auch praktische Auswirkungen auf die politischen Entscheidungen haben.
- Dazu sind neben der Aufwertung und stärkeren Nutzung der bisherigen Instrumente, einschließlich des Makroökonomischen Dialoges, zweifellos auch neue Formen der sozialpartnerschaftlichen Einbindung in die wirtschafts- und sozialpolitische Koordinierung der EU notwendig, wie in einer aktuellen ge-

*notwendige
Stärkung der
Rolle der Sozialpartner in der europäischen Politik*

meinsamen Erklärung der europäischen Sozialpartner festgehalten.²³ Entlang dieser Linien müsste sich eine europäische „Sozialpartnerschaft Neu“ entwickeln.

*Angriff auf
Arbeitnehmer-
schutzrechte
unter Deckman-
tel des Büro-
kratieabbaus
abwehren*

Doch während wir uns an einer wichtigen Weichenstellung befinden und die EU-Kommission nicht müde wird, die Bedeutung des Sozialen Dialoges zumindest verbal zu betonen, läuft unter dem Stichwort „REFIT“ derzeit auch auf europäischer Ebene ein groß angelegter Angriff auf die Rechte der Arbeitnehmer/innen. REFIT steht für „Regulatory Fitness and Performance“ und soll eine Initiative der EU-Kommission zur Rechtsvereinfachung sein. Tatsächlich drohen unter dem Deckmantel des Bürokratieabbaus Einschränkungen der sozialen Rechte der Arbeitnehmer/innen, denn von der Überprüfung ist der gesamte Bereich für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz ebenso betroffen wie wichtige Vorschriften zu den Mitwirkungsrechten der Arbeitnehmer/innen in den Unternehmen. Ein aus Gewerkschaftssicht grundfalscher Weg, muss es doch angesichts der bestehenden Dynamik im europäischen Gesellschaftsrecht, nicht nur um die volle Nutzung bestehender europäischer Mitwirkungsrechte der Arbeitnehmer/innen (u.a. im Euro-Betriebsrat) gehen, sondern auch darum, Mitbestimmung bei Unternehmensentscheidungen europaweit abzusichern und auszubauen.²⁴

Worum es der Kommission dabei wirklich geht, hat sie deutlich zu verstehen gegeben, indem sie sich mit explizitem Verweis auf ihre REFIT-Agenda dagegen entschieden hat, ein branchenbezogenes Rahmenabkommen der europäischen Sozialpartner im Friseurgewerbe dem Rat vorzulegen, damit dieser die Vereinbarung als bindende Richtlinie verabschieden kann.²⁵ Das, obgleich der EU-Vertrag genau diese Vorgangsweise nahelegt. Umso unverständlicher, als es hier um eine Vereinbarung geht, die den Gesundheitsschutz einer besonders schwachen Gruppe von Arbeitnehmer/innen verbessern sollte, und obwohl sogar die Arbeitgeberverbände diesem Abkommen nach langen Verhandlungen zugestimmt hatten. Der Kampf gegen REFIT ist deshalb eines der aktuellen Schwerpunktthemen der europäischen Gewerkschaften: Bleibt die Kommission bei ihrem Standpunkt, ist ihr Eintreten für einen stärkeren Sozialen Dialog und eine bessere Einbindung der Sozialpartner nicht ernst zu nehmen.

Auch hier zeigt sich, dass die Antwort auf die Unzulänglichkeiten in der gegenwärtigen EU-Politik aus Sicht der Gewerkschaften jedenfalls nicht lauten kann: Nein zu Europa oder Re-Nationalisierung. Die Antwort muss lauten „Mehr Europa – aber: Mehr von einem anderen Europa!“ Dazu braucht es aber auch eine Stärkung jener Kräfte in der EU, die für einen echten Politikwechsel, für ein soziales und faires Europa, ein Europa des Wachstums und der Beschäftigung stehen. Es kann gar nicht oft genug betont werden, dass die konkrete Politik der EU in erster Linie von den jeweiligen politischen Mehrheiten abhängt. Abhängig davon, wie die meisten Mitgliedsstaaten regiert werden, wie sich die EU-Kommission zusammensetzt und welche Mehrheiten im EU-Parlament bestehen, wird auch die Politik der EU aussehen. Das gilt es im Hinblick auf die Wahlen zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014 im Auge zu behalten. Und dabei aus der Unzufriedenheit am gegenwärtigen Europa eine Stimme für einen Kurswechsel zu machen. Die EU-Wahlen im Mai 2014 stellen jedenfalls eine Chance dar für das so notwendige „Mehr von einem anderen Europa“.

*Wahlen als
Möglichkeit zur
Einleitung von
sozialem Wandel*

Anmerkungen

1. Siehe u. a. Markus Marterbauer: Zahlen bitte! Die Kosten tragen wir alle, Wien 2011, ebd., Die neoklassische Wirtschaftspolitik der EU ist gescheitert, infobriefeu&international, 3/2013, http://media.arbeiterkammer.at/PDF/EU_Infobrief_3_2013.pdf
2. Siehe z.B. Merkels Rede am Weltwirtschaftsforum 2013 in Davos, <http://www.nachdenkseiten.de/?p=15967>
3. Markus Marterbauer, Lukas Oberndorfer: Federating Competition States vs. Building Europe from Below. EU Treaty Revision as an Opportunity for the Democratization of the Economy and Politics, in: Queries 03(9)/2012–2013.
4. Vgl. Judith Vorbach, Lukas Oberndorfer: Die neoliberale Integration Europas. Die Krise hat System, in: WISO 36. Jg. (2013), Nr. 3, S. 67–82.
5. Klaus Busch, Christoph Hermann, Karl Hinrichs, Thorsten Schulten: Eurokrise, Austeritätspolitik und das Europäische Sozialmodell. Wie die Krisenpolitik in Südeuropa die soziale Dimension in der EU bedroht, Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse, Berlin, November 2012.
6. Stefan Clauwaert, Isabelle Schömann: The Crisis and National Labour Law Reforms: A Mapping Exercise, ETUI-Working Paper 2012.04
7. Siehe u.a. die Zusammenfassung der FORBA-Studie, Christoph Hermann, Karl Hinrichs: Die Finanzkrise und ihre Auswirkungen auf Sozialstaaten und Arbeitsbeziehungen (FORBA) 2012, in: WISO 36 Jg. (2013) Nr. 1, S. 33–49.
8. Siehe u.a. Oliver Röpke: Irrwege aus der Krise – zum neoliberalen Umbau der EU, in: WISO 34. Jg. (2011), S. 45–55.
9. Siehe: Die EU auf Kurs bringen. Ein neues Europa für die Menschen, Studie der AK Wien (Jänner 2013), http://wien.arbeiterkammer.at/service/studien/eu/Die_EU_auf_Kurs_bringen.html
10. Thorsten Schulten: The impact of the Troika policy on wages and collective bargaining: EP-Hearing: <http://www.europarl.europa.eu/document/activities/cont/201401/20140109ATT77062/20140109ATT77062EN.ppt>

11. Christoph Hermann, Karl Hinrichs: Die Finanzkrise und ihre Auswirkungen auf Sozialstaaten und Arbeitsbeziehungen (FORBA) 2012.
12. Vgl. u.a. Verfassungsrichter stoppen Sparhaushalt (FAZ v. 19.12.1013), <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eurokrise/portugal/portugal-verfassungsrichter-stoppen-sparhaushalt-12719868.html>
13. Siehe u.a. Andreas Fischer-Lescano: Rechtsgutachten für den ÖGB, die AK, den EGB und das Europäische Gewerkschaftsinstitut, Zentrum für europäische Rechtspolitik (ZERP), Universität Bremen, Dezember 2013; http://media.arbeiterkammer.at/PDF/Studie_Austeritaetspolitik_und_Menschenrechte.pdf
14. Oliver Röpke, EU: Endlich Vorrang für Soziales. In: Arbeit und Wirtschaft 05/13, S. 36 ff.
15. Vgl.: Towards a genuine Economic and Monetary (Schlussfolgerungen des Rates v. 5.12.2012), http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/ec/134069.pdf
16. Vgl. Industriedossier des ÖGB-Europabüros unter http://www.oegb-eu.at/servlet/ContentServer?pagename=S05/Page/Index&n=S05_999_Suche.a&cid=1389978013083
17. Siehe Mitteilung COM(2012) 582 final der EU-Kommission vom 10.10.2012
18. Siehe Beschluss des DGB-Bundesvorstandes v. 4.12.2012: <http://www.dgb.de/themen/++co++985b632e-407e-11e2-b652-00188b4dc422>
19. Resolution des EGB-Vorstandes vom 7.11.2013, siehe unter http://www.etuc.org/sites/www.etuc.org/files/EN-A-new-path-for-europe_3.pdf
20. Kommissionsmitteilung COM(2013) 83 final vom 20.2.2013.
21. Siehe zwei Stellungnahmen des EWSA zum Sozialinvestitionspaket, bei dem die beiden Autoren dieses Artikels federführend tätig waren: SOC 481: „Stellungnahme zum Sozialinvestitionspaket der Kommission“ (2013 – Berichterstatter: Oliver Röpke) und SOC 496: „Auswirkungen von Sozialinvestitionen auf die Beschäftigung und die öffentlichen Haushalte“ (2014 – Berichterstatter: Wolfgang Greif)
22. Siehe u.a. Kowalsky W. / Scherrer. P. (Hrsg.), Gewerkschaften für einen europäischen Kurswechsel. Das Ende der Gemütlichkeit, Münster 2011.
23. Declaration by the European Social Partners ‚Involvement in European Economic Governance‘ (24.10.2013): http://www.etuc.org/sites/www.etuc.org/files/other/files/layout_declaration_governance_21_10_13_clean_3.pdf
24. Siehe Wolfgang Greif, Der Europäische Betriebsrat. Gewerkschaftliches Handbuch, 2. überarbeitete Auflage, Wien 2012.
25. Siehe dazu u.a.: <http://www.uniglobalunion.org/news/health-safety-scientific-evidence-hairdressing-sector>

WISO

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinander gesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)
 Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00
 Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter www.isw-linz.at)

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter www.isw-linz.at.



BESTELLSCHEIN*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO
 1 ISW Publikationsverzeichnis

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: www.isw-linz.at

Name _____

Institution/Firma _____

Straße _____

Plz/Ort _____

E-Mail _____

BESTELLADRESSE:

ISW
 Volksgartenstraße 40, A-4020 Linz
 Tel. ++43/732/66 92 73
 Fax ++43/732/66 92 73-28 89
 E-Mail: wiso@isw-linz.at
 Internet: www.isw-linz.at